

Die etwas andere Sicht über die Deutschen in der Rolle als Täter und Opfer

Mit Textauszügen und Anmerkungen
aus Anlaß der Veröffentlichung der Arbeiten von

Werner Onken mit den Titeln:

**Das Verhältnis der Geld- und Bodenreform zum Judentum und zum Antisemitismus
und
Gefahren für die Geld- und Bodenreform von rechts -
Kritische auseinandersetzung mit den Programmen
von NPD und PNOS**

von
Tristan Abromeit
www.tristan-abromeit.de
Oktober 2007

Anhang 1
Text 55.2
(Seite 1 – 22)

6 Beiträge zu Israel + 1 Beitrag zu Deutschland

Erschießt nicht den Croupier
Von Uri Avnery, April 2005

Ein Finger nach dem andern
Von Uri Avnery, 26. 2. 05

Rettet Palästina und Israel / Dringender Appell: 153 israelische Akademiker rufen
zur internationalen Intervention auf. April 2003

Welche Solidarität ist nötig ? „Welches Israel unterstützt ihr?“
Ein Brief an Europäer von Jeff Halperin , Aktivist des Civil Forum in Israel / Januar 2005

Kind der Rache / Zum Todestag von Jitzchak Rabin hat sein Mörder Nachwuchs
bekommen - der Sohn ist Teil der Propagandaschlacht
Von Thorsten Schmitz, SZ / 2. November 2007

Zahlenspiele um die Wiedergutmachung
Israel will neues Geld aus Berlin - die Opfer sind enttäuscht
Von Ulrich W. Sahn / HAZ 13. 11. 2007

„Dann schlug alles über mir zusammen“
VON THORSTEN FUCHS / HAZ 24. 11. 07 / S. 9)



<http://www.uri-avnery.de/magazin/artikel.php?artikel=232&type=&menuid=4&topmenu=4>

Als eine Maßnahme der Großzügigkeit, und um ihre Rückkehr zu beschleunigen, würde es weise sein, den Siedlern das Geld zu zahlen, das sie investiert haben – und das ist äußerst wenig. Und noch einmal, aus Großzügigkeit bin ich dafür, genug zu zahlen, um ihnen zu helfen, in Israel ein neues Leben zu beginnen. Als humanitäre Geste und auch als Wink gegenüber den Westbanksiedlern, dass es sich lohnt, so bald wie möglich heimzugehen.

Erschießt nicht den Croupier!

Uri Avnery, 9. 4. 05

Als einer anständigen Person erwartet man von mir, dass ich mit den Siedlern von Gush Kativ Mitleid empfinde, dass ich sie umarme und eine Träne wegen ihres Leidens vergieße.

Und es gibt tatsächlich Gründe für Mitleid. Wenn Menschen aus ihrem Umfeld, in dem sie Jahrzehnte gelebt haben, gerissen werden. Wenn Leute mittleren Alters gezwungen werden, ihr Leben völlig neu zu beginnen. Wenn Kinder, die dort geboren wurden, gezwungen werden, in Schulen anderer Orte zu wechseln. Wenn Leute mit blühenden Geschäften – wer weiß, unter welchen Bedingungen - sich nun einen neuen Lebensunterhalt aufbauen müssen. Aber - so sehr ich es auch versuche – ich kann wirklich nicht viel Mitleid für sie aufbringen.

Zunächst einmal ist es eine Sache der Proportion. Ich selbst habe solch ein Trauma erfahren. Und so wie ich Millionen anderer Immigranten, die in den letzten Hundert Jahren in dieses Land gekommen sind – Immigranten aus Russland, Polen, Deutschland, den arabischen Ländern, der früheren Sowjetunion. Sie alle haben diese Erfahrung gemacht – und die meisten unter viel, viel schwierigeren Bedingungen.

Mein Vater war 45 Jahre alt, als er mit seiner 39 Jahre alten Frau und vier Kindern aus Deutschland floh. Sie wurden von ihren Familien und Freunden abgeschnitten, siedelten sich in einem weit entfernten Land an, mussten sich an eine andere Sprache, eine fremde Landschaft, ein sehr unterschiedliches Klima, an eine andere Kultur, eine andere Gesellschaft, andere Sitten und Gebräuche gewöhnen. Keiner gab ihnen einen Cent, weder als Kompensation noch als Unterstützung. Beide, Vater und Mutter, waren in ihrer Heimat wohlhabende Leute. Hier mussten sie uns mit schwerer körperlicher Arbeit durchbringen, die sie nicht gewöhnt waren. Wir lebten in tiefster Armut.

Im Vergleich dazu, stellt sich das „Leiden“ der Siedler wie ein Picknick dar.

Wir hören herzerreißende Schreie über das „Entwurzeln von Juden im Lande Israel“. Das ist ein ganz verlogener Slogan. Nehmen wir an, dass Gush Kativ tatsächlich ein Teil von Eretz Israel ist - und dies ist umstritten – dann sind die Orte, in die sie umziehen sollen, innerhalb Israels. Ashkalon ist eine israelische Stadt, auch Ashdod und Tel Aviv. Die Weiten Galiläas und der Negev rufen sie – es gibt keine israelischeren Landschaften als diese.

Wenn man ihre bemitleidenswerten Schreie hört, könnte man meinen, dass sie in entlegene Länder jenseits der Berge der Finsternis verbannt werden. Aber die Entfernung von der bald zu evakuierenden Westbanksiedlung Ganim zur israelischen Stadt Afula ist wie die zwischen Manhattan und Queens in New York City. Die Entfernung zwischen Berlin und Hamburg ist viel größer, und so ist die zwischen London und Liverpool. Wie viele Leute machen jedes Jahr solch einen Umzug ?

Man erinnere sich daran, dass sie dies schon einmal mit Freude und Begeisterung getan haben, als sie Herzlia, Jerusalem, Beit Alpha und andere Orte verließen, um in die Siedlungen zu gehen.

„Juden vertreiben Juden !“ winseln die Siedler. In einem demokratischen Land werden Bürger nicht gezwungen, ihre Häuser zu verlassen!“ Stimmt das denn ?

Wie viele Dörfer wurden in Ägypten umgesiedelt, um den Assuan-Damm zu bauen? Nun gut, Ägypten ist keine Demokratie. Aber wie viele Städte und Dörfer mussten in den demokratischen USA für den Tennessee-Damm Platz machen? Jede Regierung verlegt Stadt- und Dorfgemeinden, wenn es das öffentliche Interesse verlangt.

Aber es geht gar nicht um diese Gründe, warum es mir so schwer fällt, meine Mitleidsdrüsen zu aktivieren. Der Hauptgrund liegt ganz wo anders. Ausnahmslos wusste jeder Siedler, dass er oder sie in ein Gebiet ziehen, das im Krieg erobert wurde, in dem ein anderes Volk lebt und außerdem niemals von Israel annektiert wurde - wenn man von Jerusalem und den Golanhöhen absieht. In anderen Worten: er hat seine Zukunft aufs Spiel gesetzt.

In der vergangenen Woche wiesen Anwälte der Regierung im Obersten Gerichtshof darauf hin, dass jeder Kauf- oder Pachtvertrag von Land in den besetzten Gebieten eine Klausel enthielt, die explizit feststellte, dass der Vertrag provisorisch sei. Es ist selbstverständlich: Nach Internationalem Recht hält Israel diese Gebiete mit einer „kriegsführenden Besatzung“ besetzt, die vorübergehend ist und nur so lange besteht, wie die Militärherrschaft. Wenn der Frieden kommt, verschwindet die Militärherrschaft mit all ihren Gesetzen und Entscheidungen.

Was nun die Siedler betrifft, so sind sie alle im Gazastreifen und in der Westbank wie in einem großen Las Vegas. Sie können nicht sagen, dass sie nicht vorgewarnt waren: meine Freunde und ich sagten es ihnen von Anfang der Besatzung an - in der Knesset und in den Medien.

Für viele, die kamen, und denen es um „Lebensqualität“ ging, war es eine sehr attraktive Wette. Junge Paare, ohne Mittel, um ein Haus in Israel zu erwerben, konnten eine Traumvilla auf ihrem „eigenen“ Stück Land in den „Gebieten“ bauen, fast ohne Kapitalanlage oder mit einer Summe, die für zwei Räume in einem israelischen Slum kaum genug gewesen wäre. Alles war fast umsonst: großzügige Infrastruktur, geräumige Gärten für die Kinder, wunderschöne Landschaft (mit dem Blick auf malerische arabische Dörfer oder das Meer). Lebensqualität.

Unternehmer, die nicht das Geld hatten, sich in Israel ein Geschäft aufzubauen, konnten dies in Gush Kativ tun. Es gab genug Land für Gewächshäuser. Palästinensische Arbeiter, die für einen Hungerlohn schufteten, weil ihnen die Besatzung alle anderen Möglichkeiten, einen Lebensunterhalt für ihre Familien zu verdienen, abgeblockt hatte. Oder Thai-Gastarbeiter, die aus dem Ausland importiert wurden und die bereit sind, 12 Stunden am Tag für niedrigen Lohn zu arbeiten. Da das israelische Gesetz in Gush Kativ nicht gilt, gab es auch den „Unsinn“ von Mindestlöhnen, jährlichem Urlaub, Krankengeld und Entlassungsabfindungen nicht.

Es ist wunderbar, israelischer Patriot an einem Ort zu sein, an dem die israelischen Gesetze keine Gültigkeit haben!

Viele Ausbeuter hüllen sich jetzt in die Nationalflagge, um so zu versuchen, ihre Privilegien zu retten.

Aber natürlich gibt es auch einen harten Kern von wirklich nationalistisch-messianischen Ideologen. Sie siedelten dort, um Groß-Eretz-Israel zu besitzen (oder eher „das ganze Eretz Israel“ auf hebräisch) und zu verhindern, dass das palästinensische Volk jemals seine Freiheit in einem eigenen Staat erhält. Die Siedler verbargen nie ihre Absicht, die palästinensische Bevölkerung zu entfernen, und sie durch eine jüdische zu ersetzen.

„Dies ist keine Evakuierung, dies ist Transfer!“ schreien sie jetzt schamlos und verwenden das Kodewort für ethnische Säuberung. „Transfer“? Aber von Anfang an war der Transfer der Palästinenser ihr eigenes Ziel! „Entfernen“? Aber sie wollten doch die Palästinenser entfernen - und sie arbeiteten unermüdlich daran. Viele von ihnen halten dies sogar für ein religiöses Gebot.

„Die Regierung hat uns hierher geschickt – und nun will sie uns von hier vertreiben!“

Nun, zunächst mal hörten wir nie, dass jemand gezwungen wurde, in die besetzten Gebiete zu ziehen. Die verschiedenen Regierungen ermunterten sie, verletzten das Gesetz und drückten ein Auge zu, beraubten die Allgemeinheit, um Gelder in die Siedlungen zu schütten. Stimmt. Aber keiner wurde gezwungen, dorthin zu gehen. Soldaten erhalten Befehle und haben keine Alternative außer zu gehorchen. Jeder Siedler hat eine Alternative.

Zweitens, derjenige, der ernannt, hat auch das Recht, zu entlassen. Derjenige, der jemanden schickt, hat auch das Recht, zurückzurufen. Wenn die Siedler nur geschickt sind, können sie auch hier und dorthin geschickt werden.

Und was das menschliche Mitleid betrifft – so verlangen es die Siedler zwar von uns – schießen es aber selbst nie jemand anderem gegenüber praktiziert zu haben; es ist etwas Widerliches in ihrer Unfähigkeit, den Anderen zu sehen. Es ist eine Art gefühlsbehindert zu sein. Die Massenvertreibung der Araber ist in Ordnung. Die Umsiedlung von ein paar tausend Juden innerhalb des Landes ist ein „Zweiter Holocaust“. Das „Entfernen von Juden“ aus 20-30 Jahre alten Siedlungen ist ein schreckliches Verbrechen. Das Vertreiben von 750 000 Palästinensern, die seit Hunderten oder Tausenden von Jahren auf ihrem Land gelebt haben, war ein gerechter Akt der „moralischsten Armee der Welt“. Ein jüdisches Kind muss bemitleidet werden, da es gezwungen wird, sich mit seinen Freunden an eine neue Schule zu gewöhnen – aber warum sollte man Mitleid mit einem arabischen Kind haben, das in einem verkommenen, armseligen Flüchtlingslager geboren und aufgewachsen ist.

Ganz zu schweigen von den Akten der Siedler in Hebron, Yitzhar, Tapuah und vielen anderen Orten, wo die Bewohner beschossen, Pogrome in Dörfern ausgeführt werden, das Land mit Gewalt geraubt, Weiden mit Gift besprüht, Brunnen zerstört, die Olivenbäume ausgerissen, ihre Früchte gestohlen werden usw. .

Aus all diesen Gründen ist es sehr schwierig, mit ihnen Mitleid zu haben. Die „Lebensqualitäts-Siedler“ und die mit messianischer Vision haben mit großen Wetteinsätzen gespielt. Sie haben mit ihrer Zukunft gespielt. Sie wetteten und haben verloren.

So wie die Million französischer Siedler in Algerien, die innerhalb weniger Wochen, als das Land die Unabhängigkeit erhielt, rausgeschmissen wurden und nach Frankreich zurückkehrten.

Trotz all dem bin ich nicht dagegen, sie großzügig zu entschädigen. Im Gegenteil. Unmittelbar nach dem Oslo-Abkommen beteiligte ich mich an einem öffentlichen Appell von Gush Shalom an den damaligen Ministerpräsidenten Yitzhak Rabin, in dem dazu aufgerufen wurde, den Siedlern, die bereit waren, freiwillig zu gehen, sofort großzügige Entschädigungen zu zahlen.

Rabin weigerte sich. Ja, es kam noch schlimmer: er fuhr fort, die Siedlungen mit großer Geschwindigkeit zu vergrößern, so wie es auch seine Nachfolger taten.. Selbst die Siedler, die bereit gewesen wären, zu gehen, konnten nicht und waren praktisch in ihren Siedlungen gefangen, da sie ihre Häuser nicht verkaufen und wo anders ein neues Leben beginnen konnten. Tatsache ist: das ist ihre Situation bis zum heutigen Tag.

Ich sprach von „großzügigen Kompensationen“. Aber ist man ihnen gegenüber denn etwas „schuldig“?

Einer, der beim Roulette all sein Geld verloren hat, kann keine Kompensationen erwarten.

Als eine Maßnahme der Großzügigkeit, und um ihre Rückkehr zu beschleunigen, würde es weise sein, den Siedlern das Geld zu zahlen, das sie investiert haben – und das ist äußerst wenig. Und noch einmal, aus Großzügigkeit bin ich dafür, genug zu zahlen, um ihnen zu helfen, in Israel ein neues Leben zu beginnen. Als humanitäre Geste und auch als Wink gegenüber den Westbanksiedlern, dass es sich lohnt, so bald wie möglich heimzugehen.

Für Ariel Sharon, der die Siedler geschubst, verwöhnt und ihnen den Weg bereitet hat, muss es schwierig sein die Worte zu äußern. Aber wir, die Bürger Israels, können sagen: Kameraden, Ihr habt gewettet und habt verloren.

Es ist menschlich, wenn ihr schreit und euch die Haare rauft. Aber es gibt keinen Grund, den Croupier zu erschießen. Ihr müsst eure Zwangsneurose zu spielen überwinden.

Und wenn wir, die Bürger Israels, bereit sind, euch aus unseren Geldbeuteln großzügige Kompensationen für die Spielmarken, die ihr verloren habt, zu zahlen, dann solltet ihr wenigstens den Anstand haben, „Danke!“ zu sagen.

(Aus dem Englischen: Ellen Rohlf, vom Verfasser autorisiert)

000000

Seit Jahren habe ich davor gewarnt, dass dies die Absicht Sharons sei: die Grundlage des ganzen Siedlungsunterfangens, das von ihm geplant und durchgeführt wurde. Der Entwurf der Siedlungen auf der Westbankkarte ist dafür gedacht, das Land vom Norden zum Süden und vom Westen zum Osten zu zerschneiden, um so jede Möglichkeit eines wirklich lebensfähigen und zusammenhängenden Staates, eines Staates, der wie jeder andere ist, zu vereiteln.

Ein Finger nach dem andern

Uri Avnery
26. 2. 05

Neun von Präsident Bushs in Brüssel geäußerten Wörtern haben nicht die Aufmerksamkeit bekommen, die sie verdienen.

Er rief zur Errichtung eines „demokratischen palästinensischen Staates mit territorialem Zusammenhang“ in der Westbank auf und fügte hinzu: „ein Staat auf einem zersplitterten Gebiet kann nicht funktionieren.“

Es lohnt sich, diese Worte genauer unter die Lupe zu nehmen. An wen waren sie gerichtet? Warum sagte er sie in Brüssel und nicht an den anderen Orten? Keiner warnt grundlos vor einer Gefahr. Wenn Bush sagte, was er sagte, so bedeutet es, dass jemand diese Gefahr verursacht.

Wer mag das wohl sein?

Seit Jahren habe ich davor gewarnt, dass dies die Absicht Sharons sei: die Grundlage des ganzen Siedlungsunterfangens, das von ihm geplant und durchgeführt wurde. Der Entwurf der Siedlungen auf der Westbankkarte ist dafür gedacht, das Land vom Norden zum Süden und vom Westen zum Osten zu zerschneiden, um so jede Möglichkeit eines wirklich lebensfähigen und zusammenhängenden Staates, eines Staates, der wie jeder andere ist, zu vereiteln.

Wenn die schon geschaffenen Siedlungsblöcke von Israel annektiert werden, ist das palästinensische Gebiet in mehrere Enklaven aufgeteilt – vielleicht vier, vielleicht sechs. Der Gazastreifen, schon ein isoliertes Ghetto für sich, wird eine weitere Enklave sein. Jede Enklave wird von Siedlungen und militärischen Einrichtungen umzingelt, und alle werden von der Außenwelt abgeschnitten sein.

Dem amerikanischen Geheimdienst sind diese Bilder natürlich vertraut. Er kann sie über seine Satelliten erkennen. Aber das hielt Präsident Bush nicht davon ab, Sharon letztes Jahr zu versprechen, dass die israelischen „Bevölkerungszentren“ in der Westbank von Israel annektiert werden können. Diese „Bevölkerungszentren“ sind genau die Siedlungsblöcke, die in der Vergangenheit von den US „illegal“ und zum „Hindernis für Frieden“ erklärt wurden. Während der Präsidentschaft des ersten Präsidenten Bush entschied die amerikanische Regierung sogar, die Kosten für neue Siedlungsprojekte von den Israel zugestandenen finanziellen Unterstützungen abzuziehen.

Warum also gab der zweite Bush plötzlich eine Erklärung ab, deren Bedeutung tatsächlich die Auflösung einiger dieser Siedlungsblöcke darstellen müsste? Und warum tat er es in Brüssel?

Es ist ziemlich eindeutig: er wollte bei seinen europäischen Gastgebern Wohlwollen gewinnen. Die EU ist gegen die Annexion von Westbankgebiet an Israel. Bush sagte dies, um seine

Differenzen mit Europa zu reduzieren.

Was aber geschah vor Ort, während er dies sagte?

Am letzten Sonntag entschied die israelische Regierung zum zweiten Mal, den Abzugsplan zu erfüllen - eine Entscheidung, die in den Medien als „historisch“ begrüßt wurde. Bei all dem Lärm drum herum wurde einer zweiten Resolution derselben Sitzung kaum mehr Aufmerksamkeit geschenkt: der Fortsetzung des Mauerbaus in der Westbank.

Auf den ersten Blick ist das eine Routineentscheidung. Noch immer behauptet die Regierung, es sei nichts anderes als ein „Sicherheitszaun“. Tatsächlich hat er eine gewisse Sicherheitsfunktion, und die israelische Öffentlichkeit akzeptiert ihn als solchen. Aber inzwischen müssten informierte Leute erkannt haben, dass diese Mauer als zukünftige Grenze Israels gedacht ist. Deshalb bemühten sich in der vergangenen Woche alle Regierungssprecher sehr zu betonen, dass die neue Route der Mauer nur 7-8% der Westbank abschneide.

Das Wörtchen „nur“ verdient hier besondere Aufmerksamkeit. Präsident Bill Clintons letzter Friedensplan sprach von der Annexion von 3-4 % der Westbank an Israel – dafür sollte Israel 1% israelischen Territoriums an den palästinensischen Staat geben. Sieben Prozent des Landes der BRD ist viel mehr als der ganze Bundesstaat Sachsen. Sieben Prozent des Gebietes der USA sind mehr als der riesige Bundesstaat Texas. (Man stelle sich vor, Mexiko würde Texas erobern, würde eine Mauer zwischen sich und dem Rest der USA bauen und ihn mit mexikanischen Siedlungen füllen.)

Doch das Spiel mit Prozenten führt in die Irre. Es geht nicht nur um die Größe des Gebietes, die bedeutsam ist, sondern auch um seine Lage.

In dieser Hinsicht bleibt die Kontroverse zwischen Israel und den USA bestehen. Es betrifft vor allem zwei Örtlichkeiten, wo der Verlauf der Mauer die Zerstückelung der Westbank verursacht. Wenn die Mauer die Siedlungsstadt Ariel einschließt, schiebt sie einen Finger tief in die Westbank. Dieser Finger wird sich mit einem zweiten verbinden, der von der anderen Seite kommt und die beiden Finger werden so die ganze Breite der Westbank südlich von Nablus durchschneiden. Ein anderer Finger wird von Jerusalem zum vergrößerten Maaleh Adumin-Siedlungsblock gehen und so praktisch auch dort die volle Breite der Westbank durchschneiden.

Die Amerikaner stimmen dem nicht zu. Darum benützt Sharon eine seiner typischen Methoden: an diesen beiden Orten lässt er eine Lücke in der Mauer. Er wird dort zu gegebener Zeit weiterbauen, wenn er Präsident Bush bei einer zukünftigen Gelegenheit sozusagen wieder einmal um den kleinen Finger wickelt.

Die Prozente-Rechnung ist aber auch in anderer Hinsicht falsch. Man spricht heute nur von der Mauer, die die Westbank vom eigentlichen Israel trennt. Keiner spricht von der „östlichen“ Mauer.

Es ist kein Geheimnis, dass Sharon diesen Mauerbau plant, um die Umzingelung der Westbank zu vervollständigen und um sie vom Jordantal und der Küste des Toten Meers abzuschneiden. Das ist ein großer Teil des Gebietes, etwa 20 % der Westbank. So wird die Westbank von jedem Kontakt mit der Welt abgeschnitten. Sharon weiß, dass er diese Mauer im Augenblick nicht bauen kann, weil die USA und die ganze Welt dagegen sind. Es gibt jetzt auch kein Budget dafür. Also lässt er dies für die Zukunft.

Die Regierungsentscheidung schließt offiziell die südliche Grenze der Westbank mit ein, wo

der geplante Verlauf der Mauer fast vollständig auf der Grünen Linie verläuft. Das sieht ganz gut aus. Aber auch dies ist mit einem Trick verbunden: Sharon beabsichtigt nicht, diesen Teil der Mauer in nächster Zukunft zu bauen. Er schiebt es auf später hinaus – und dann wird er einen völlig andern Verlauf vorschlagen, der einen Finger tief in palästinensisches Gebiet schiebt und so den Südhebron Siedlungsblock bis Kiryat Arba annektiert.

In der Zwischenzeit beschäftigt sich Sharon mit dem Bebauen der 7 % des Gebietes, die ihm die Regierungsentscheidung bewilligt hat. All das Gebiet zwischen der Mauer und der Grünen Linie - das Gebiet, das praktisch schon annektiert ist – wird mit neuen Siedlungen aufgefüllt. Unter anderem

- eine neue Stadt, Gevaoth, die westlich von Bethlehem gebaut wird, im sog. Etzion Block. Es ist ein verlogener Name: der ursprüngliche Etzionblock bestand aus einer kleinen Gruppe von Siedlungen nahe der Grünen Linie. Er wurde 1948 von den Arabern erobert und 1967 von Israel zurückerobert. Die früheren Siedlungen wurden wieder aufgebaut. Dann wurde aber eine neue Stadt (Efrata) östlich davon angefügt und jenseits davon noch weitere neue Siedlungen, bis die ursprünglich wenigen Siedlungen zu einem massiven Siedlungsblock wurden, die Bethlehem (vom Süden) umgeben. Nun ist Sharon dabei, diese mit Siedlern an zufüllen.
- Eine neue große Siedlung, Nord-Tsufim, die nördlich von Qalqilia gebaut wird. Auch sie wird die Ausmaße einer Stadt erreichen.
- ein riesiges Wohnungsprojekt soll zwischen Jerusalem und Ma'aleh Adumin errichtet werden, um diese beiden Städte zu verbinden, und es wird fast den Jordan erreichen.
- Auch im Jerusalemer Raum verspricht der neue Wohnungsminister (Labor) Yitzhak Herzog große Wohnungsbauprojekte: von Har Homa bis Ma'ale Adumin; eine andere soll östlich von a-Ram gebaut werden. Das Ziel ist, Jerusalem vollkommen von der Westbank abzutrennen.

All dies geschieht, während Israel und die Welt vom Räumungsplan begeistert sind, der - im Ganzen gesehen – nichts anderes als ein Plan ist, um den Gazastreifen als eine der Enklaven in einem „Staat zerstreuter Gebiete“ zu konsolidieren. (Der Gazastreifen ist nur 6% der besetzten Gebiete.)

Die Laborpartei ist ein voller Partner in diesem System.

Soweit es Sharon betrifft, ist der Plan mit der Auflösung kleiner Siedlungen in einer entlegenen Ecke der besetzten Gebiete eine Art Zugeständnis, um ihm die Erfüllung seines großen Entwurfs, die Annexion des größten Teils der Westbank zu ermöglichen.

Jetzt hat Bush erklärt, er sei mit diesem Plan nicht einverstanden. Seine europäischen Gastgeber lächelten höflich. Vielleicht glaubten sie ihm – vielleicht auch nicht.

(Aus dem Englischen: Ellen Rohlf's, vom Verfasser autorisiert) <http://www.uri-avnery.de>

0000000000000000

Rettet Palästina und Israel

Dringender Appell: 153 israelische Akademiker rufen zur internationalen Intervention auf. April 2003

Die Eliminierung der palästinensischen nationalen Präsenz westlich des Jordan ist unausgesprochen das langfristige Ziel der israelischen Rechten. Eine gewalttätige, apokalyptische Vertreibung der ganzen palästinensischen Bevölkerung wird ausdrücklich von den rechtesten politischen Kreisen befürwortet.

Was tatsächlich seit Beginn der 35 Jahre andauernden israelischen Besatzung der Westbank und des Gazastreifens stattgefunden hat aber in den letzten zwei Jahren in nie da gewesener Weise, ist ein systematischer Prozess der Zerstörung von palästinensischem privaten und öffentlichen Besitz, der Massenenteignung von palästinensischem Land zu Gunsten der Siedler. Das dafür leitende Prinzip sind die Bemühungen, die Größe der tatsächlich von Palästinensern bewohnten Flächen zu verkleinern. Gleichzeitig finden in großem Ausmaß Schikanen statt in Form von Ausgangssperren, Straßensperren, Demütigungen, Schlägen, militärischen Invasionen in dicht bevölkerten Gebieten, Verhaftungen von Tausenden ohne Gerichtsverhandlung unter unmenschlichen Bedingungen, Behinderung des Zugangs zur Arbeit oder medizinischer Versorgung, zu Schulen und Universitäten und eine Unzahl anderer Dinge. Den Soldaten wird erlaubt, jeden Palästinenser wie einen Terroristen zu behandeln. Durch die israelische Regierung ist das Leben von Millionen von Palästinensern auf fürchterliche Ghettos reduziert worden. Die meisten von ihnen leben unter der Armutsgrenze, von Ersparnissen oder Almosen humanitärer Organisationen.

Die immer intensiver werdenden unterdrückerischen Maßnahmen, die den Palästinensern durch die israelische Regierung auferlegt werden, sollen angeblich den Terror bekämpfen. Wir verurteilen eindeutig terroristische Angriffe gegen israelische Zivilisten. Es kann keine Rechtfertigung für Gewaltakte gegen unbewaffnete Leute geben. Jedoch ist die israelische Politik nicht der Weg, den Terror zu reduzieren - im Gegenteil: sie fördert ihn, wie sich durch dramatisches Anwachsen des Terror im Laufe der letzten beiden Jahre erwiesen hat.

Die Terrorakte sind dann in zynischer Weise durch Ministerpräsident Sharon als Vorwand benützt worden, noch mehr Schaden und Not über die Palästinenser zu bringen, und in der Vorstellung der Israelis, sie in ihrer Existenz in den besetzten Gebieten weiter zu entreechten.

DIE PALÄSTINENSISCHE PRÄSENZ STEHT IM WEG VON SHARONS LEBENSLANGER VISION EINES GROß-ISRAEL MIT SIEDLERN, DIE DIE PALÄSTINENSER ERSETZEN. DIESES ZIEL IST FÜR JEDEN ERKENNBAR, DER VERFOLGT, WAS SEINE REGIERUNG TATSÄCHLICH IM AUGENBLICK TUT - als den häufig geäußerten leeren Erklärungen über Friedensabsichten - "wenn die Sicherheitsprobleme erst einmal gelöst sind" - zuzuhören.

Die israelische Gesellschaft zahlt für die Versuche ihrer Politiker, die israelische Herrschaft auszuweiten und für die Gier der territorialen Expansion einen hohen Preis. Der Wunsch, Israel zu einer modernen, produktiven und toleranten Gesellschaft zu entwickeln, wurde grausam gestutzt. Dieser Wunsch war in der Zeit der hoffnungsvollen Friedensverhandlungen mit den benachbarten arabischen Staaten und mit den Palästinensern einmal deutlich vorhanden.

Fatalistische Resignation gegenüber der bösartigen Spirale von Furcht, Unterdrückung, Gewalt und Gegengewalt raubt der ganzen Gesellschaft die positive Energie, zukunftsweisende Projekte und die Hoffnung. Der Abzug von Staatsressourcen durch die Kriegsleis-

tungen, die Ausdehnung der Siedlungen und die gleichzeitigen Verluste von Investments haben große Arbeitslosigkeit und ökonomische Rezession zur Folge. Großen Teilen der israelischen Gesellschaft ist der Zugang zu einem bescheidenen Lebensstandard, zu bescheidener Bildung und zu produktiver Integration in die moderne technische und kulturelle Welt verwehrt. Stattdessen hält eine rückwärtsgewandte, ultranationalistische Ideologie die soziale und politische Szene in ihrem Griff. Junge israelische Soldaten, die die brutalen Besatzungsmaßnahmen ausführen müssen, sind wahrscheinlich für ihr Leben moralisch gezeichnet.

Die anhaltende Verwüstung Palästinas muss gestoppt werden, um Palästina und Israel willen!

Es folgen die Unterschriften von 153 israelischen Akademikern-

Prof. Zach Adam, Prof. Colman Altman, Dr. Janina Altman, Dr. Issam Aburiya, Dr. Amotz Agnon, Dr. Shmuel Amir, Prof Daniel Amit, Prof. Zalman Amit, Dr. Yossi Amitay, Prof. Michael Ardon, Dr. Judith Avrahami, Prof. (Emeritus) Shalom Baer, Dr. Outi Bat-El, Prof. Maya Bar-Hillel, Prof. Daniel Bar-Tal, Prof Ron Barkai, Dr. Anat Barnea , Prof. Matania Ben-Arzi, Ofra Ben-Arzi, M.A., Dr. Shmuel Ben-Dor, Prof. Ziva Ben-Porat, Dr. Louise Bethlehem, Prof. Anat Biletzki, Dr. Jose Brunner, Dr. Ido Bruno, Prof. Victoria Buch, Prof. Ruth Butler, Raz Chen-Morris, Dr. Eliot Cohen, Dr. Raya Cohen, Dr. Veronica Cohen, Dr. Leo Corry, Dr. Michael Dahan, Prof. David Degani, Prof. Sidra DeKoven Ezrahi, Dr. David De-Vries, Athena Elizabeth DeRasmo, Prof. Tommy Dreyfus, Dr. Otniel E. Dror, Dr. Free- ma Elbaz-Luwisch, Prof. Emmanuel Farjoun, Dr. Elizabeth Freund, Prof. Gideon Freudenthal, Dr. Iris Fry , Prof. Michael Fry , Michal Gal, Prof. Chaim Gans, Dr. Ido Geiger, Prof. Avner Giladi, Prof. Rachel Giora, Dr. Snait Gissis, Prof. Eli Glasner, Dr. Daphna Golan, Prof. Oded Goldreich, Dr. Ofra Goldstein-Gidoni, Dr. Neve Gordon, Prof. Lev Grinberg , Prof. Yossi Guttman, Dr. Ruth HaCohen, Prof. Uri Hadar, Dr. Jeff Halper, Yuval Halperin, Shoshana Halper, M.A., Prof Don Handelman, Prof. Galit Hasan-Rokem, Prof. Avram Heffner, Dr. Sara Helman, Dr. Yitzhak Hen, Prof. Hanna Herzog, Prof. Ze'ev Herzog , Prof. Hannan Hever, Prof. Peter Hillman, Uri Horesh, Prof. Ehud Hrushovski, Tal Itzhaki, Prof. Eva Jablonka, Dr. Devorah Kalekin-Fishman, Prof. Naftali Kaminski, MD, Prof. Jacob Katriel, Prof. Tamar Katriel, Dr. Shoshana Keiny, Prof. Baruch Kimmerling, Judy Kupferman, Dr. Orna Kupferman, Prof. Raz Kupferman, Dr. Ron Kuzar, Dr. Idan Landau, Prof. Hubert Law-Yone, Daphna Levit, Joyce Livingstone, MS, Prof. Ram Loevy , Dr. Orly Lubin, Haim Luski, Prof. Ruth Manor, Prof Uri Maor, Dr. Anat Matar, Dr. Nina Mayorek, Dr. Sara Meilijson , Prof. Isaac Meilijson, Prof. Amnon Meisels, Prof. Ben Tzion Munitz, Dr. Doron Narkiss, Prof. (Emeritus) Gad Nathan, Dr. Isaac (Yanni) Nevo, Prof. Ami Oren, Prof. Avraham Oz, Ronie Parciack, Dr. Nurit Peled-Elhanan, Prof. Yoav Peled, Dr. Kobi Peter, Dr. Yuri Pines, Dr. Uri Ram , Dr. Amnon Raz-Krakotzkin, Dr. Ofra Rechter, Prof. Ya'acov Ritov, Dr. Daniel Rohrlich, Prof Freddie Rokem, Dr. Dana Ron, Dr. Moshe Ron, Prof. Tova Rosen, Dr. Maya Rosenfeld, Dr. Zeev Rotem, Dr. Amalia Sa'ar, Dr. Ilan Saban, Prof. Benny Shanon, Dr. Nita Schehet, Dr. Christoph Schmidt, Prof. Avraham Schweiger, Dr. Gideon Shelach, Ricki Shiv, Prof. Moshe Shokeid, Prof. Idan Segev, Prof. Leon Sheleff, Rinah Sheleff, M.A., Prof. Nomi Shir, Prof. David Shulman, Prof. Anna Sfard, Marcos Wasem, Dr. Amiel Vardi, Dr. Vered Vinitzky, Renata Wolfson, M.A., Smadar Tabenkin-Ezer, M.A., Dr. Zvi Tauber, Dr. Dudy Tzfati, Rakefet Zalashik, Dr. Niza Yanay, Dr. Michael Yogev, Prof. Joseph Zeira, Dr. Moshe Zuckermann, Prof. Moshe Zimmermann (2) Gvirzman, a.a.O.

Quelle: Aus dem Englischen: Ellen Rohlf's

11.04.2003

<http://www.palaestina.org/news/beitraege/zeigeBeitrag.php?ID=77>

000000000000000000000000

Welche Solidarität ist nötig ?

„Welches Israel unterstützt ihr?“

Ein Brief an Europäer von Jeff Halperin , Aktivist des Civil Forum in Israel

Wenige Male besuchte ich Europa, und ich weiß nicht viel von Euren Realitäten. In letzter Zeit wird Europa jedoch in Israel in einem einzigen Zusammenhang immer häufiger erwähnt: Antisemitismus.

Die israelische Presse berichtet schadenfroh, dass endlich die Angst vor Antisemitismus in die Herzen der Menschen in den europäischen Ländern eindringt, besonders in Frankreich und dass einiges im Gange sei, um diese Krankheit zu bekämpfen.

Es gab niemals eine ethnische, nationale oder religiöse Minorität, die nicht rassistisch verfolgt wurde. All jene, denen die Werte von Gleichheit und Demokratie teuer sind, müssen mit aller Macht gegen jeden gegen eine Minorität geäußerten Hass, kämpfen.

*Aber während ich selbst gegen meine eigene Regierung kämpfe, fürchte ich, dass die israelische Regierung und seine offiziellen Vertreter die **drohende Antisemitismusgefahr ausnützen, um sich selbst von jeder Opposition und jeglicher Kritik zu befreien und damit die Linie verwischen, die zwischen rassistischem Hass gegen Juden - egal wo sie sind - und der legitimen Opposition gegen die Besatzung oder den Zionismus unterscheidet.***

Um meine Behauptung zu erklären, will ich hier kurz die Begriffe „Jude“ und „Zionist“ klären.

Seit Hunderten von Jahren lebten Juden als ethno-religiöse Minderheit in christlichen und muslimischen Ländern. Viele Generationen lang litten sie unter Diskriminierung, Demütigung und Verfolgung. Juden wurden wegen ihrer Abstammung und ihrem Glauben verfolgt, lange bevor die afrikanischen, asiatischen und amerikanischen Völker dasselbe Schicksal - ausgelöst durch ihre kolonialen Beherrscher - erlitten.

Es überrascht darum nicht, wenn man entdeckt, dass gerade jüdischstämmige Leute einen großen Anteil als Avantgarde im Kampf gegen Nationalismus und Rassismus und für Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit einnahmen. Die Namen von Karl Marx, Rosa Luxemburg, Danny „dem Roten“ und viele andere sind hier zu erwähnen.

Zionismus war eine der Reaktionen auf die Enttäuschung durch diese Prinzipien oder um genauer zu sein, durch ihre (Nicht-)Erfüllung während der Geschichte. Sein Beginn kann in die Mitte des 19. Jahrhundert datiert werden. Er erschien als voll entworfene Ideologie und Bewegung beim 1. Zionistischen Kongress in Basel 1897. Die dem Zionismus zugrunde liegende Annahme war , dass die demokratischen Prinzipien niemals Erfolg haben werden, den Juden-Hass und die Aufhetzung gegen Juden zu verhindern, deshalb mussten die Juden eine Sonderlösung (ihres Problems) wählen anstelle einer universalen: das heißt, nach der Errichtung eines jüdischen Staates

in einem Land zu trachten, in dem solch ein Staat schon einmal existiert hat, zu dem sich alle Juden in der Welt hingezogen fühlen. Um dieses Ziel zu erreichen, behaupten die Zionisten, ist es erlaubt, mit jeder Macht zu kooperieren, die dies akzeptiert, ohne Rücksicht auf deren eigene Motive oder anderen Glauben und Einflüsse.

Deshalb hat der Gründer des Zionistischen Weltkongresses, Theodor Herzl, dem deutschen Kaiser Wilhelm III. geraten, den Zionismus zu unterstützen; denn dies würde viele Juden aus den radikalen und republikanischen Bewegungen des Kaiserreichs lösen. (Sie würden in den jüdischen Staat auswandern). Die ersten Gegner der Zionisten waren natürlich die Juden, da die jüdische Bewegung nur unter Juden aktiv war - nur sie waren dafür qualifiziert, unter dieses Banner zu treten.

Die meisten Juden der Welt sind heute auch keine Zionisten, obgleich ihre Botschafter, die von der israelischen Regierung geschickt werden, ihr Bestes tun, den Unterschied zwischen „Jude“ und „Zionist“ zu verwischen. Dabei hilft die Tatsache, dass nichtzionistische Juden weder ihr Jude-Sein betonen noch ihr Judentum stolz vorführen.

Doch bald entwickelte sich noch eine Kraft, die den Zionismus bekämpft - die wachsende palästinensische Nation. **Das Land, das die zionistische Bewegung zur Zufluchtsstätte der Juden in aller Welt zu verwandeln träumte, war niemals verlassen oder leer.** Alte landwirtschaftliche Gemeinschaften, die hier wohnten, entwickelten nach und nach im 19. Jahrhundert eine nationale Identität.

Um in diesem Lande die Mehrheit zu werden, handelten die Zionisten nicht anders als andere Kolonialbewegungen: die einheimische Bevölkerung von einem Quadratkilometer nach dem anderen zu vertreiben und Kolonisten/Siedler (in hebr. Sprache „Olim“) in den so „gesäuberten“ Gebieten anzusiedeln. Es gab keinen Unterschied zwischen den verschiedenen Strömungen („Labor-Zionismus“; „liberaler Zionismus“, „religiöser Zionismus“) hinsichtlich dieses Problems. Die „Labor-Zionismus“-Bewegungen waren selbst eifrig damit beschäftigt, die arabischen Arbeiter von dem Land zu vertreiben, das von Zionisten erworben wurde, und stattdessen jüdische Arbeiter anzustellen. Mitglieder von „Poalei-Zion“ und Akhdut haavoda“-Organisationen pflegten junge Bäume, die von arabischen Arbeitern in den Dörfern gepflanzt wurden, auszureißen und arabische Hausierer in Städten zu betrügen. Stellt Euch das vor; dies wurde mir in der Schule über „Sozialismus“ beigebracht.

Die Vertreibungspolitik hörte mit der Errichtung des Staates Israel nicht auf. Im Gegenteil: die von den Zionisten gewonnene Macht, ermöglichte es ihnen, dies mit noch mehr Gewalt durchzuführen. Seit der Errichtung des Staates (1948) existierte weiterhin eine große arabische Minderheit innerhalb seiner Grenzen.

(Ich will jetzt nicht näher auf die Geschichte der Vertreibung des größten Teils der palästinensischen Bevölkerung während des Krieges 1948 eingehen.) Heute leben etwa 1 Million Araber im Staat Israel, was etwa 20% der Bevölkerung ausmacht. Trotzdem wurde keine einzige neue arabische Siedlung in den 56 Jahren israelischer Existenz gebaut, obwohl sich die arabische Bevölkerung in diesen Jahrzehnten verfünffacht hat. Die Palästinenser sind gezwungen, sich innerhalb der Grenzen, in denen sie 1948 lebten, ohne rechtliche Genehmigung anzusiedeln, weil jedes Stück

freie Land für jüdische Besiedlung reserviert ist. Slogans wie „Judaisierung Galiläas“ werden in Israel als in Konsensvereinbarungen enthalten betrachtet. Nur die Parteien, die die zionistische Ideologie aufgegeben haben, sind gegen diese Slogans. Dies ist nur ein Beispiel, das die Situation der palästinensischen Bürger Israels verdeutlicht. *Sie sind nicht nur Bürger „zweiter Klasse“, sie sind ein Hindernis, ein Problem.* Israel wird als der „Staat des jüdischen Volkes“ definiert, d.h. er gehört den Juden der ganzen Welt und nicht den Nicht-Juden, die darin leben. Der Begriff „Nation“ wird in Israel recht ähnlich dem gesehen, wie ihn die äußerste Rechte in Europa vertritt: ethnische Nationalität anstelle einer territorialen.

Die Gebiete, die im Juni 1967 erobert wurden, wurden von Israel immer wie gewöhnliche Kolonien betrachtet. Ihre (einheimischen) Einwohner beantragten nie die israelische Staatsangehörigkeit - sie wurde ihnen aber auch nicht gegeben. Israel bürdete ihnen jedoch eine militärische Herrschaft auf und baute auf ihrem Land jüdische Siedlungen, deren Bürgern volle Bürgerrechte gewährt wurden. Eine *klassische koloniale Realität entwickelte sich in den besetzten Gebieten: Kolonisten auf dieser und „Eingeborene“ auf der ändern Seite.*

Es überrascht darum nicht, dass die besten Freunde der israelischen Regierung unter den Führern der extremen Rechten zu finden sind. Jean-Marie le Pen beschrieb - in diesen Tagen in einem Interview gegenüber einer israelischen Zeitung - Israel als ein Model zur Nachahmung und sagte: „Nun verstehen Sie, was wir während des Algerienkrieges durchgemacht haben.“ Der Italiener Gianfranco Pini wird nicht müde, Israel zu loben und zu rühmen und die dänische Partei des rechten Flügels servierte den Teilnehmern ihres Parteitages israelische Weine, um ihre Solidarität zu zeigen. Und *vergessen wir George Bush nicht, den rechtesten Präsidenten in der Geschichte der USA, der jede Aktion Sharons unterstützt, selbst wenn er Kriegsverbrechen begeht.*

Das europäische faschistische Lager war und bleibt antisemitisch, doch nun greift es eher Araber als Juden an. Die israelische Regierung und ihre Pressevertreter konkurrieren mit dieser antisemitischen Linie, nicht nur gegen semitische Araber innerhalb Israels und die unter seiner Besatzung, sondern auch gegen die semitischen Araber in Europa. Wer immer ein israelisches Nachrichtenprogramm hört, das sich mit europäischen Problemen befasst, mag annehmen, er sei versehentlich auf eine Radiostation gestoßen, die von der Nationalen Front betrieben wird.

Die dort geäußerten Behauptungen identifizieren Europas Hauptproblem mit der „Muslimischen Gefahr“. Die „Eindringlinge“ aus der dritten Welt bedrohen angeblich den Frieden, dessen sich die schönen weißen Europäer erfreuen, und gefährden ihre Kultur; deshalb müssten die Regierungen entschlossene Schritte unternehmen, um dieses Problem los zu werden.

Die Tatsache, dass sich die extreme Rechte jederzeit der „wahren“ Behandlung von Juden „erinnern“ könnte, wird von der israelischen Regierung stillschweigend übergangen. Sie sagte kaum einen Ton gegen den offenkundig antisemitischen Film „Die

Passion Christi", da dieser von den Evangelikalen unterstützt wurde, der extrem radikalen und reaktionären Sekte in den USA, die den 3. Tempel auf dem Tempelberg errichtet sehen möchte, damit die Muslime der Welt ihre Schwerter drohend gegen Israel schwingen und so Jesus veranlassen, vom Himmel herabzusteigen, es zu retten und die Juden von ihrer 2000 Jahre alten Blindheit zu heilen.

Aber jeder der Israels Politik oder den Zionismus in seiner Kritik auf den Punkt zu bringen wagt, wird mit der Antisemitismuskeule getroffen. Die IDF mordet unschuldige Zivilisten? Antisemit! Die Siedlungen sind illegal? Antisemit. Die Trennungsbarrriere widerspricht internationalem Gesetz? Antisemit. Zionismus trägt die Kennzeichen des Kolonialismus? Antisemit.

Diese Propaganda dringt zuerst und vor allem in die Köpfe der Israelis, dann in die der Juden außerhalb Israels und schließlich in die der Friedensunterstützer und Gegner von Rassismus im allgemeinen, die dann zögern, die Wahrheit über all diese Dinge zu äußern.

Ich bin froh, um mich herum Dutzende von Solidaritäts-Aktivisten der ISM-Bewegung (viele von ihnen sind Juden) zu sehen, die ihr Haus und ihr Land verlassen haben, um den Palästinensern und Israelis in ihrem Kampf gegen Rassismus und Besatzung beizustehen. Die europäischen Regierungen jedoch geraten in dem Augenblick in Panik, sobald sie spüren, dass sie Sharon oder Mofaz „irritierten“. Dem leisesten Wort der Kritik folgt unvermeidlich eine lange Reihe von Entschuldigungen und Schmeicheleien. Wirkliche Sanktionen gegenüber Israel, das sich unter allen Ländern vielleicht der stärksten Beziehungen mit europäischen Ländern erfreut, werden nicht erwähnt. In den 60er Jahren verhängte de Gaulle ein Waffenembargo gegen Israel. Während der 1. Intifada (1987-93) wurden viele Abkommen im kulturellem und wissenschaftlichen Bereich zwischen Israel und Europa ausgesetzt. Und jetzt - hört Sharon nur Komplimente, antwortet aber mit Knurren: „Antisemitismus“.

Der Nahe Osten war in der Menschheitsgeschichte immer ein Brennpunkt schicksalsentscheidender Ereignisse. Das Land Israel oder Palästina - egal wie wir es nennen - liegt im Herzen des Nahen Ostens. Jeder auf der Welt, ob Jude, Moslem oder etwas anderes, muss die Ereignisse im Nahen Osten, besonders in Israel-Palästina, aufmerksam betrachten.

Die Entscheidung, die er treffen muss, ist nicht „für Israel“ oder „gegen Israel“; vielmehr, welches Israel unterstützt er: ist es das besetzende, kolonialistische und rassistische Israel oder das demokratische, patriotische und den Frieden suchende Israel, das sich aus den besetzten Gebieten zurückziehen und innerhalb seiner Grenzen alle Formen aus zionistischer Ideologie stammenden Diskriminierung löschen will ?

Der Schreiber ist ein Aktivist des Civil Forum, das für völlige Demokratisierung Israels arbeitet.

Quelle: Forum_ ezechy@walla.co. il – über The Other Israel am 1.1.05 erhalten.
(dt. Ellen Rohlf - kursiv Gesetztes von der Übers.) // file:///C:/Dokumente%20und%20Einstellungen

oooooooooooooooooooo

Weitere Informationen zum Thema *Israel / Palästina* unter:

„Hoffnung für Palästina?
Texte zur aktuellen Situation in
Palästina und Israel“

www.uni-kassel.de/fb5/frieden/regionen/Nahost05/paech.html

oooooooooooooooooooo

Kind der Rache

Zum Todestag von Jitzchak Rabin hat sein Mörder Nachwuchs bekommen - der Sohn ist Teil der Propagandaschlacht

Von Thorsten Schmitz

Tel Aviv, im November

Aus: Süddeutsche Zeitung 2. November 2007

Der Polizeioffizier stellt sich mit Namen und Dienstgrad vor und sagt: „Sie sitzen hier, weil Sie angeklagt sind, soeben Premierminister Jitzchak Rabin getötet zu haben.“ Der junge Mann nickt. An den Händen trägt er Handschellen, auf dem Kopf eine Kippa, mit der religiöse Juden ihre Ehrfurcht vor Gott bekunden.

Der Polizeioffizier fragt den 25 Jahre alten Jigal Amir, wann er seine Wohnung verlassen habe, wann er auf dem zentralen Platz in Tel Aviv eingetroffen sei, der seit dem Mord Rabinplatz heißt. Und weshalb er Rabin umgebracht habe. „Ich wollte Rabin seit dem Friedensvertrag von Oslo umbringen“, sagt der Mörder. Zum Abschluss des ersten Verhörs von Jigal Amir nach dem Mord fragt der Polizeioffizier: „Sie haben soeben den Premierminister von Israel erschossen. Bereuen Sie Ihre Tat?“

„Um Himmels willen, nein!“, sagt Jigal Amir.

Die Videoaufzeichnung vom ersten Verhör Amirs nach seinen Todesschüssen vom 4. November 1995 auf Rabin hat in den vergangenen Tagen große Aufregung in Israel verursacht. Auf den Fluren der Knesset war das Video tagelang Gesprächsthema Nummer eins, im Fernsehen wurde es ein ums andere Mal gezeigt.

Vor der Veröffentlichung war es Rabins Tochter vorgespielt worden, Dalia Rabin-Pelosof. Sie sei in Tränen ausgebrochen, sagt sie. Die Eiseskälte, mit der Amir darin

den Mord an ihrem Vater rechtfertige, „hat mich fassungslos gemacht“. Warum das Video nun plötzlich zum zwölften Jahrestag der Ermordung Rabins aufgetaucht ist, bleibt rätselhaft. Es wäre auch all die vergangenen Jahre zugänglich gewesen.

Wie jedes Jahr in den Tagen vor dem 4. November, wenn sich Hunderttausende Israelis zum Gedenken an ihren ermordeten Premierminister auf dem Rabinplatz versammeln, nutzen die Fans des jüdischen Mörders die mediale Sensibilität für ihre eigene Propagandaschlacht. Auf der Jigal-Amir-Internetseite fordern sie die Freilassung des Mörders, der bis heute seine Tat nicht bereut. Sie reichen Klage ein, weil die Veröffentlichung des Verhör-Videos nicht in ihr Bild vom Märtyrer passt, der „sein Leben für Israel“ geopfert habe. Und sie bringen selbst ein Propaganda-Video in Umlauf. Der Kurzfilm wurde bislang an 150 000 Haushalte in Israel versandt. 15 Minuten lang sieht man darauf Amir als Kind und als Soldat, und man sieht seine Familienangehörigen und seine Unterstützer aus dem extrem rechten Lager.

Amirs Mutter kommt darin zu Wort und sagt, es gebe keine stichhaltigen Beweise, dass ihr Sohn Rabin ermordet habe. Und auch Amirs Ehefrau, Larissa Trimbobler, wird in dem Propagandastreifen gezeigt. Sie freue sich, sagt sie, „endlich einmal nicht von den Medien zensiert“ reden zu dürfen. Was die aus Russland stammende Doktorin der Philosophie indes zu sagen hat, ist nicht neu: Jigal Amir müsse begnadigt werden; schließlich habe er einen Palästinenserstaat verhindert.

Kontakt aus Nächstenliebe

Die Orthodoxe Trimbobler hat soeben einen Sohn zur Welt gebracht. Amir hat sich lange darum bemüht, eine Erlaubnis auf Freigang zu bekommen. Er wollte der Beschneidungszeremonie seines Sohnes beiwohnen, dem wichtigsten Ritual im Leben eines jüdischen Jungen. Doch das Gericht lehnte den Antrag ab – genau an jenem Tag, an dem Parlamentspräsidentin Dalia Itzik während einer Gedenkzeremonie ihre Contenance verlor und Amirs Familie zu Ausgestoßenen erklärte: „Sie haben keinen Platz in der israelischen Gesellschaft. Ihr Gott ist nicht unser Gott.“ Staatspräsident Schimon Peres verurteilte die Tat als „Anschlag auf den Frieden und die Religion“. Und an vielen Kreuzungen in Jerusalem und Tel Aviv stehen Jugendliche mit Kerzen und Plakaten in der Hand, auf denen an Rabin erinnert und vor Amir gewarnt wird.

Amirs Gattin hat nun provozierend die Beschneidungszeremonie und das anschließende Fest auf diesen Samstagabend gelegt. Und am Donnerstag entschied ein Bezirksgericht, dass die Zeremonie im Gefängnis stattfinden darf. Genau dann, wenn Hunderttausende auf dem Rabinplatz auf der jährlichen Gedenkveranstaltung über den Mord an Rabin trauern werden. Jenem Premierminister, der sich damals mit Palästinenserpräsident Jassir Arafat auf den Friedensvertrag von Oslo geeinigt hatte.

Dass Jigal Amir als Gefangener überhaupt eine Frau kennenlernen und heiraten konnte, hat er dem israelischen Grundrecht zu verdanken, das auch für Mörder Besuche erlaubt. Larissa Trimbobler war glücklich verheiratet und Mutter von vier Kindern, als sie zunächst aus Nächstenliebe Briefkontakt mit Amir aufnahm. Irgend-

wann beschloss sie, Rabins Mörder in der Haftanstalt aufzusuchen. So oft es die Gefängnisleitung zuließ, traf sie Jigal Amir. Irgendwann habe sie festgestellt, verriet sie in einem ihrer seltenen Interviews, dass sie sich in Jigal Amir verliebt habe.

Die vierfache Mutter ließ sich scheiden und heiratete den Rabin-Mörder. Wenige Monate später äußerten beide den Wunsch, ein Kind zu bekommen. In den Medien entfachte das Ansinnen eine wütende Diskussion. Amir müsse der Kindersegen vorenthalten werden, hieß es, er könne nicht einem Menschen das Leben nehmen und einem anderen Menschen das Leben schenken. Während Argumente ausgetauscht und Gerichte angerufen wurden, bemühte sich Trimbobler, schwanger zu werden. Nach einem ihrer Besuche in Amirs Haftanstalt in der Kleinstadt Raanana nahe Tel Aviv entdeckten die Wärter bei einer Kontrolle im Frühjahr eine Plastiktüte - darin befand sich Samen von Jigal Amir.

Ungeachtet aller Kritik und Einwände auch der Rabin-Angehörigen wurde Amir nach langem gerichtlichen Procedere vor neun Monaten schließlich ein Schäferstündchen mit Larissa Trimbobler gestattet. Zehn Stunden lang durften sie in einer eigens für diesen Zweck vorgesehenen Gefängniszelle zusammen sein. Dass Amirs Sohn ausgerechnet zum Todestag Rabins zur Welt gekommen ist, erklärte die junge Mutter, sei „das schönste Geschenk in meinem Leben“. (Abschrift TA)

oooooooooooooooooooo

Nachfolgend zwei Berichte über das Schicksal je einer Frau in Israel und in Deutschland. Hilde Kammrath, wie die beschriebene Frau im zweiten Bericht heißt, ist in Deutschland kein Einzelfall. Menschen, die ihre Schulden nicht mehr bedienen und tilgen können, gehen bestimmt in die Millionen und Menschen, die einen sorgenfreien Platz in einem Altenheim nicht bezahlen können, gibt es auch zu viele. In Israel mögen die Verhältnisse ähnlich sein. Gewiß sind sind die Verhältnisse noch schlimmer in Osteuropa, in Afrika, in Asien und Südamerika. Wenn mit solchen Berichten über Einzelschicksale privat organisierte Hilfe mobilisiert werden soll, so ist dagegen nichts einzuwenden. Eine Israelin ist für ein Akt der Nächstenliebe so gut wie eine Palästinenserin, eine Afrikanerin oder eine Deutsche.

Einen üblen Beigeschmack bekommt die Sache aber dann, wenn mit einem Bericht – wie im nachfolgenden Artikel „Zahlenspiele um Wiedergutmachung“ - die Schuldgefühle der Deutschen mobilisiert werden sollen, damit sie sich via Fiskus ohne Gegenwehr in die Tasche greifen lassen.

Wenn aufgrund von Hitler und die Folgen de Facto eine Tributpflicht der Deutschen gegenüber den Israelis konstruiert wird, braucht man sich nicht wundern, wenn der Antisemitismus zu- statt abnimmt. Vielmehr Grund haben die Palästinenser die Deutschen zur Kasse zur bit-

ten, denn das Geld das heute von den Deutschen gefordert wird, kommt nicht von den Tätern, die den Juden Leid zu fügten, sondern von jenen, in deren Namen gegenüber den Juden Wiedergutmachung geleistet wurde und die dadurch ungewollt halfen, die Palästinenser ins Elend zu stürzen. Die Logik der israelistischen Politiker, die Deutschland weiterhin zu Kasse beordern wollen ist auch nicht verständlich, es denn, man bezeichnet ihre Politik als eine nationalistische Heim-ins-Reich-Politik. Palästinensischen Flüchtlingen wird die Rückkehr verweigert und Juden, die in Rußland eine Heimat haben, werden angelockt. Wenn jüdische Einwanderer aus Rußland dem israelischen Staat finanzielle Schwierigkeiten bereiten, dann ist es seine Aufgabe für die arbeitsfähigen Einwanderer eine Einkommensmöglichkeit zu schaffen und bei den alten und kranken arbeitsunfähigen Einwanderern gegenüber dem Sozialversicherungssystem von Rußland Regreß zu halten, denn die russischen Juden haben in Rußland Steuern und Sozialabgaben bezahlt. TA

HANNOVERSCHE ALLGEMEINE ZEITUNG

- Blick in die Zeit -

13. November 2007 / S. 3

Zahlenspiele um die Wiedergutmachung

Israel will neues Geld aus Berlin - die Opfer sind enttäuscht

VON ULRICH W. SAHM

Jerusalem. Etti Polak, 1939 im polnischen Vilna geboren, lebt mit einer „ausradierten Kindheit“. Ihre Eltern flüchteten im Winter vor den Deutschen. „Vielleicht wurden sie auch vertrieben“, die 68-Jährige weiß es nicht genau. „Mein Vater trug mich auf dem Arm, als jemand schrie, das Baby sei tot“, erzählt die pensionierte Rundfunkredakteurin.

Einer der Menschen im Flüchtlingstreck irgendwo in Polen oder Russland schlug vor, das Baby in den eiskalten Fluss zu werfen. Der Schock erweckte es zum Leben, aber niemand bemerkte, dass Hände und Füße im Wasser erfroren waren. An den Folgen leidet Etti Polak noch heute. Jeden Winter, „ob in Kasachstan, wo wir den Krieg in einem Kamelstall überlebt

haben oder auf der Flucht über Polen, im Deportiertenlager in Deutschland und Frankreich nach dem Krieg oder schließlich in Tel Aviv, die Frostbeulen kommen immer wieder hervor“. Ihr Leben lang habe sie falsch aufgetreten. Ein Arzt attestierte ihr eine unheilbare Rückenverkrümmung.

Jetzt steht Etti Polak vor dem Nichts. Sie hat nie eine Familie gegründet und blieb kinderlos. Der Erlös aus dem Verkauf ihrer bescheidenen Wohnung reicht nicht, um in ein

Altersheim zu ziehen. Die Eltern sind inzwischen tot. Eine ältere Tante lebt noch, Etti Polaks restliche Familie wurde im Holocaust ermordet. „Meine Eltern verzichteten auf sogenannte Wiedergutmachung aus Deutschland, weil sie von Deutschen nichts annehmen wollten. Aber mich haben sie nicht gefragt, ob ich auch verzichte“, sagt die Pensionärin bitter.

Wie 175 000 aus der ehemaligen Sowjetunion seit 1990 eingewanderte Holocaustüberlebende ist auch Etti Polak zwischen alle Stühle gefallen. Der Anwalt Micha Handelsmann hat schon Prozesse gegen den Staat Israel beim Obersten Gericht gewonnen, weil Wiedergutmachungsgeld für Infrastruktur und andere Projekte entfremdet worden sei, anstatt es Holocaustüberlebenden zugute kommen zu lassen. Vor allem aber gibt es Lücken im System. In den fünfziger Jahren seien die Verhandlungen mit dem damaligen Bundeskanzler Konrad Adenauer von jüdischer Seite geführt worden, „ohne die Hausaufgaben zu machen“ Nicht jeder Holocaust-Überlebende hätte ein Anrecht auf Entschädigung, sondern nur solche, die den gelben Judenstern tragen mussten, im KZ waren oder Zwangsarbeit geleistet hätten, hieß es.

Wer bis Oktober 1953 nach Israel eingewandert war, konnte Entschädigung nur vom Staat Israel und nicht von Deutschland einklagen. Sowjetische Juden blieben von der Wiedergutmachung ausgeschlossen. Zudem habe Adenauer durchgesetzt, dass die damalige Bundesrepublik nur zwei Drittel der abgesprochenen Wiedergutmachung zu zahlen habe, berichtet Handelsmann. Israel sollte sich mit der DDR über das letzte Drittel einigen. Das ist nie geschehen.

Nun meldete die israelische Zeitung „Ha'aretz“, Rentenminister Rafi Eitan habe Neuverhandlungen über die abgeschlossenen Luxemburger Verträge von 1952 gefordert. Das wurde inzwischen von seiner Sprecherin relativiert: Eitan habe sich an die Bundesregierung mit der Bitte um Finanzhilfe für Holocaust-Überlebende gewandt, sagte Elle Baror in Jerusalem. Die Wiedergutmachungsverträge wolle der Minister jedoch nicht nachverhandeln. Zur Begründung sagte die Sprecherin, die vor mehr als 50 Jahren geschlossenen Luxemburger Verträge hätten „zwei Fakten“ außer Acht gelassen: „Die Menschen leben heute länger und benötigen im höheren Lebensalter mehr Medikamente.“ Außerdem seien Hunderttausende Holocaust-Überlebende aus der früheren Sowjetunion nach Israel gekommen. Aus diesen beiden Gründen benötige die Regierung mehr Geld.

Da soll nun das nie von der DDR ausgezahlte „letzte Drittel“ israelische Forderungen legitimieren. Eitan denke an eine „Erweiterung“ der Abkommen für jene Härtefälle, die nicht berücksichtigt wurden und nun dem Staat Israel auf der Tasche liegen, zumal Israel eine Verjährung für Antragsfristen aufgehoben habe, sagt Handelsmann. Der akute Anlass seien die „peinlichsten Demonstrationen aller Zeiten“, denen sich die israelische Regierung gegenüber sah, als Holocaust-Überlebende mit Judenstern an der Brust oder in gestreiften KZ-Anzügen von ihrer Regierung Unterstützung einforderten. Ministerpräsident Ehud Olmert war überrumpelt, und sagte den Holocaust-Opfern Hilfe in Höhe von 350 Millionen Euro zu. Wo aber soll er das Geld hernehmen?

Schon seit Monaten werden hinter verschlossenen Türen Gespräche zwischen Israel und Deutschland geführt. Im Juli soll Minister Eitan in Berlin gewesen sein und auch mit dem Finanzministerium geredet haben. Doch die Israelis, heißt es, stießen in Berlin auf taube Ohren. Deshalb sei Eitan mit dem „Ha'aretz“-Interview an die Öffentlichkeit gegangen. Sein undiplomatisches Vorpreschen löste in Deutschland wie in Israel Empörung aus. „Die plumpe Art hat mehr geschadet denn geholfen“, klagt Etti Polak. Sie träumt

von der Errichtung eines Altenheimes mit deutscher Finanzierung, mit Schild und feierlicher Einweihung, worauf die deutsche Regierung dann stolz sein könnte.

Das Finanzministerium in Berlin aber befürchte offenbar Förderungen in Milliardenhöhe. Inzwischen redet Eitan nur noch von einer gemeinsamen Kommission, besteht aber auf deutscher Verantwortung für Holocaust-Überlebende aus der Sowjetunion, für deren Wohlfahrt Israel bislang aufkommt.

Der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesfinanzministerium, Karl Diller, wurde vor zwei Monaten bei einem Besuch in Israel von Eitan auf das Problem angesprochen. Diller antwortete Medienberichten zufolge: „Israels Regierung muss anerkennen, dass sie keine Forderungen mehr an Deutschland stellen kann.“ Dem Auswärtigen Amt in Berlin zufolge hat die Bundesrepublik bis Ende 2006 insgesamt 26 Milliarden Euro „Wiedergutmachung“ nach Israel überwiesen. Für Israel gilt jedoch, dass Folgeschäden der Naziverbrechen und die Masseneinwanderung aus Russland von niemandem vorhergesehen wurden und jetzt nicht Israel aufgebürdet werden dürften.

(Abschrift)

„Dann schlug alles über mir zusammen“

Über das Gute, das Hilde Kammrath getan hat, kann man lange erzählen – nur für sich selbst sah sie fast keine Hoffnung mehr

VON THORSTEN FUCHS

(Hannoversche Allgemeine Zeitung / 24. November 2007 / S. 9)

An die Stelle, an der sie den Bahndamm hinaufkletterte, kann sich Hilde Kammrath genau erinnern. Sie kommt ja jeden Tag mit dem Hund dort vorbei und außerdem ist alles erst acht Wochen her. „Da“, sagt sie, „da drüben war es.“ Dort, wo sie hinzeigt, ist der Bahndamm steil. Hilde Kammrath ist 78 Jahre alt, dennoch fiel es ihr leicht, dort hinauf zu gelangen. Sie hatte sich ja schließlich entschieden:

Am Tag zuvor hatte sie einen Brief von der Bank bekommen. Leider könne die Miete nicht überwiesen werden, schrieben die .Leute von der Bank, da ihr Konto nicht gedeckt sei.

Das Schreiben war in höflichem Ton verfasst. Hilde Kammrath brauchte einige Augenblicke, bis sie begriff, was da stand. „Dann wurde es dunkel. Ich sah einfach kein, Licht mehr.“ Hilde Kammrath fuhr,;noch ins Krankenhaus, besuchte eine der alten Damen, um die sich regelmäßig kümmert, munterte sie auf, sie hatte es ihr ja versprochen. Am Bahndamm hielt sie auf dem Rückweg.

Es war nicht der erste Tiefpunkt in ihrem Leben. Hilde Kammrath war Anfang 21, als sie ein Kind bekam. Ihre Tochter war ein halbes Jahr alt, als die Ärzte einen Hirnschaden diagnostizierten, erlitten bei der Geburt. Niemals würde sie sprechen können, immer ein Pflegefall bleiben und höchstens drei Jahre alt werden, sagte man ihr. Hilde Kammrath war Krankenschwester, sie hatte die Ausbildung gerade abgeschlossen. Nun gab sie ihre Arbeit auf und kümmerte, sich mit aller Kraft um ihr Kind. Elf Jahre lang. Kurz nach dem Tod ihrer Tochter zerbrach ihre Ehe, ihr Mann hatte zu trinken begonnen. So sehr sie nun Beistands bedurfte, Hilde Kammrath ließ sich scheiden. „Einen betrunkenen Mann konnte ich nicht brauchen.“ Die 78-Jährige mit dem dünnen kurzen Haar ist eine zierliche, fast zerbrechlich wirkende Frau, doch besitzt sie bei aller scheinbaren Verletzbarkeit eine große Klarheit. Sie neigt nicht dazu, die Realität zu verkennen.

Der Tod ihres Kindes hatte Hilde Kammrath an den Rand des Ertragbaren geführt. Sie war verzweifelt, „ich wollte mein Kind mit bloßen Händen aus dem Grab holen“. Später riet ihr ein Arzt, sich einen Hund zuzulegen, als Teil der Therapie. Es begann, ihr besser zu gehen. Dem Tier und dem Beruf widmete sie jetzt ihre Kraft. Hilde Kammrath machte eine zweite Ausbildung, wurde Altenpflegerin, und später begann sie obendrein, sich ehrenamtlich beim städtischen Seniorendienst zu engagieren. Sie besuchte alte Menschen in deren Wohnung, im Heim, im Krankenhaus, half beim Einkauf oder bei Behördengängen. In der Hilfe für andere fand sie Stabilität für sich selbst.

Hilde Kammrath arbeitete, solange sie durfte, bis 67, „ich habe meinen Beruf geliebt“. Doch so niedrig ihr Lohn war, so klein fiel die Rente aus. Sie lebt in einer Wohnung mit zwei Zimmern in der Südstadt, auf der Anrichte stehen gläserne Karaffen, im Schrank metallene Becher, alles ist wohlgeordnet. Beim Fernseher jedoch wird nach einer Viertelstunde die Mattscheibe schwarz, die Waschmaschine ist kaputt, an dem rosafarbenen

Pullover und der dunkelblauen Hose, die Hilde Kammrath trägt, haften kleine Stoffknäuel. Woran es fehlt, sieht man erst auf den zweiten Blick.

Um bei Ämtern um Hilfe zu bitten, dazu, sagt sie, sei sie zu stolz gewesen: „Ich bettele nicht.“ Solange ihr Bruder noch lebte, ging es dennoch gut. Er unterstützte sie, bis zu seinem Tod vor drei Jahren. Bei der Bank hat Hilde Kammrath Kredit, er stammt aus der Zeit, als sie noch arbeitete.- Sie hat einen Hund, eine Schäferhündin, wie sie immer nach dem Tod ihres Kindes einen Hund hatte, und sie hat ein 15 Jahre altes Auto, mit dem sie zu den Senioren fährt, um die sie sich kümmert. Der Kredit war bald ausgeschöpft. Also suchte sich Hilde Kammrath Arbeit, im Alter von 77 Jahren. Dass ein Lokal im Zooviertel eine Putzfrau suchte, hatte sie aus der Zeitung erfahren, aus einer Anzeige. Als der Wirt nach ihrem Alter fragte, sagte sie nur: „Über 50 jedenfalls.“ Hilde Kammrath bekam den Job. Seitdem putzt sie jeden Tag zwei Stunden dort, auch sonnabends. Schmerzen, sagt sie, spüre sie nur sonntags, wenn sie frei hat.

Gegen die Zinsen des Kredits jedoch konnte sie nicht anarbeiten, so wenig wie gegen die Rechnung des Malers, den sie rufen musste, als ihr beim Tapezieren nach der Hälfte des Raumes die Kräfte schwanden, die Rechnung des Tierarztes und die Kosten im Supermarkt, so wenig sie ja isst. „Das schlug alles über mir zusammen.“ Da fiel ihr nichts anderes mehr ein als der Bahndamm.

Es war dann Hilde Kammraths Glück, dass in diesem Moment kein Zug kam, dass sie wohl im Grunde kein depressiver Mensch ist und dass ihr ihre Hündin einfiel, die zu Hause auf sie wartete. „Plötzlich dachte ich: Was soll denn nur aus ihr werden?“ Also kletterte sie den Bahndamm wieder hinunter, fuhr heim und traf dort die Polizei, die schon die Tür aufgebrochen hatte. Die Cousine hatte sie verständigt, nachdem Hilde Kammrath ihr in einem Brief von den Selbstmordabsichten geschrieben hatte. Der Nachbar von oben lieh ihr dann das Geld für die Miete, der Nachbar von unten, ein 92-Jähriger, gab ihr 50 Euro und sagte, so etwas solle sie aber nicht noch mal machen. Hilde Kammrath wohnt seit 30 Jahren in dem Haus, der alte Mann seit 50 Jahren.

Ein Sozialarbeiter der Stadt klärt nun, was ihr an Hilfe zusteht. Ihre Schulden aber kann dies nicht mindern, nicht die bei der Bank, nicht beim Nachbarn und nicht beim Tierarzt. Fünf Euro, sagt Hilde Kammrath, seien noch in ihrem Portemonnaie. Die müssen reichen bis zum Ende des Monats. Dann holt sie eine Urkunde aus dem Schrank, Herbert Schmalstieg hat sie ihr vor zwei Jahren ausgestellt für ihre 20-jährige ehrenamtliche Tätigkeit im Seniorendienst. „Sie haben sich um das Wohl der Landeshauptstadt Hannover verdient gemacht“, steht darin. „Aber kaufen“, sagt Hilde Kammrath, „kann ich mir dafür auch nichts.“

Mehr zum Thema finden Sie im
Internet unter:
www.weihnachtshilfe.haz.de

(Abschrift)